

DER BREMER ANTIFASCHIST

DM 1,-

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Dezember 12/1999

Almosen haben sie nicht verdient

Die Diskussion um die Entschädigungszahlungen für ehemalige NS-Zwangsarbeiter hat Formen angenommen, die nur noch als Beleidigung gesehen werden können. Das Angebot, das die Unternehmen und die Bundesregierung machen, ist indiskutabel. Kommentare wie von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ): "Das Angebot ist eine angemessene Grundlage für eine Einigung" oder der Kölnischen Rundschau: "Auch Ansprüche materieller Art müssen irgendwann einmal verfallen" zeigen, daß keinerlei Willen vorhanden ist, die von deutschen Firmen ausgebeuteten und versklavten Opfer auch nur einigermaßen gerecht zu entschädigen. Daß der "Genosse der Bosse" Schröder das Sechs-Milli-arden- Mark-Angebot als "würdig" empfindet, wundert kaum noch jemanden. Lothar Evers, vom Verband der NS-Verfolgten, sagte Schröder solle "endlich aufhören, die jammernden Bosse in Schutz zu nehmen." In den rot-grünen Koalitionsvereinbarungen war eine eigene Entschädigungsregelung für etwa 600.000 Leidtragende vorgesehen. Heute ist hiervon überhaupt keine Rede mehr.

Ein weiteres Problem könnte die Einigung über die Zahl der Betroffenen sein. Während die deutsche Seite von etwa 900.000 ausgeht, rechnen die Opferverbände mit circa 2.4 Millionen.

Wenig vertrauenerweckend ist, daß gerade Otto Graf Lambsdorff den großzügigen Vermittler spielen darf. Seine Antwort über die "Aufregung um das Almosen" war anfangs noch: "Es bleibt bei den sechs Milliarden Mark." Als er zurückkehrte, sagte er, daß mit erheblichen Druck auf die Wirtschaft zu rechnen sei. "Die Lage ist ernst. Es sind auch Boykott-Aufrufe angedeutet worden." Die Wirtschaft bekommt Angst, daß viele Auslandsgeschäfte platzen, bzw. in Mitleidenschaft gezogen werden könnten. Anderseits drohen sie aus dem Entschädigungsfond ganz auszusteigen. Ein mögliches Druckmittel dagegen scheint die Möglichkeit, nur den Firmen eine Rechtssicherheit vor Klagen zu gewähren, die auch in den Fond eingezahlt haben. Lambsdorff sagte am 29. Oktober, daß die sechs Milliarden aufgestockt werden müssen. Allerdings sind die zehn Milliarden noch unklar. Vor allem liegt der Anteil der Wirtschaft immer noch im Nebel. Bei den vorgeschlagenen sechs Millionen ist der Anteil der Wirtschaft vier Millionen, von denen wiederum zwei steuerlich absetzbar sind. Mit andern Worten der Steuerzahler zahlt die vier Millionen DM.



Zwangsarbeiter in einem Rüstungsbetrieb Nazideutschlands

In einer ganzseitige Anzeige in der "New York Times" werden die Verkäufe und Einnahmen für 1998 von 16 deutschen Unternehmen aufgelistet, die in der Nazi-Zeit Zwangsarbeiter beschäftigten. Erwähnt werden neben anderen auch Daimler-Chrysler und die Deutsche Bank. Daimler-Benz habe den US-Autohersteller Chrysler im vergangenen Jahr für fast 40 Milliarden Dollar übernommen. Die Deutsche Bank kaufte Bankers Trust für mehr als acht Milliarden Dollar. Das deutsche Angebot käme nur "Pfennigen pro Arbeitsstunde" gleich. Zugleich habe Deutschland seinen Kriegsveteranen bis heute insgesamt 250 Milliarden Dollar gezahlt, heißt es in der Anzeige weiter.

Die Symbole der Multi-Unternehmen, wie der Mercedes-Stern oder das Bayer-Kreuz, stehen auch für Tod und Sklaverei. Daß nach über 50 Jahren immer noch keine ernsthaften Bemühungen zur Entschädigung begonnen wurden, ist ein Affront gegen die Menschlichkeit und eine Herabwürdigung der Opfer.

Die Anwälte der Opfer fordern einen Betrag von rund 36 Milliarden Mark. Wenn sich alle Unternehmen bzw. deren Rechtsnachfolger an der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft beteiligen würden, wenn nicht freiwillig, dann unter Druck, müßten die notwendigen 36 Milliarden doch aufzutreiben sein. Hier sei noch einmal der Vorsitzende des "Vereins gegen das Vergessen und für Demokratie", der ehemalige SPD-Chef, Hans-Jochen Vogel erwähnt: "Es muß einfach noch einmal ins Bewußtsein der Beteiligten gehoben werden, daß hier in das Leben von über zehn Millionen Menschen in brutalster Weise eingegriffen worden ist."

Gerold

JAHRESABSCHLUSS 1999

Liebe Kameradinnen und Kameraden, liebe Freunde!

Zum letzten Mal in diesem Jahrtausend treffen wir uns am **Samstag, dem 04. Dezember, um 15:00 Uhr in der Begegnungsstätte Haferkamp**.

Christiane Palm hat sich bereit erklärt, uns mit ihren Gedichten zum Nachdenken anzuregen. *Jochen Stroh* wird uns auffordern mitzusingen.

Der Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen beträgt 7,- DM. Kuchenspenden sind herzlich willkommen. Die Begegnungsstätte ist mit der Straßenbahn Linie 2 und 10 zu erreichen.

Wir freuen uns herzlich über Euer Kommen.

Mit besten Grüßen

Euer Landesvorstand

Die Gesichter der Verfolgung der Sinti und Roma in Deutschland

Am 04.11.1999 hielt im Rahmen des Kolloquiums "Das unsichtbare Volk" der Vorsitzende des Zentralrats der Sinti und Roma in Deutschland, Romani Rose, einen Vortrag über die Verfolgung der Sinti und Roma im Nationalsozialismus und die politische Verantwortung des Rechtsstaats.

Darin beschrieb Romani Rose, wie die Sinti und Roma, die auf eine über sechshundertjährige Geschichte in Deutschland zurückblicken können, mit der Machtübernahme der Nazis zunehmend aus dem gesellschaftlichen Leben der "arischen" Bevölkerung verdrängt und schließlich vernichtet wurden. Sie wurden zwar vor 1933 und werden auch heute noch von der Mehrheit der Bevölkerung in der BRD als "Zigeuner" diffamiert und als ewig umherziehendes Wandervolk angesehen, das in mittelalterlichen Familienstrukturen lebt und der einheimischen Bevölkerung die Wäsche von der Leine stiehlt, doch in Wahrheit waren sie vor 1933 völlig in die deutsche Gesellschaft integriert.

In der Mehrheit hatten sie feste Wohnsitze und waren durch Ehen und Kinder fest mit der übrigen Bevölkerung verbunden. Dies änderte sich nach 1933 schlagartig. Eindringlich und immer wieder durch Beispiele, auch aus seiner eigenen Familiengeschichte belegt, schilderte Romani Rose, wie die Sinti & Roma, ebenso wie die Juden, zuerst aus ihren Berufen gedrängt, ihre Kinder aus den Schulen geworfen, immer hetzerischer als "Schädlinge" gebrandmarkt, als "Zigeuner" aktenmäßig erfaßt, in Ghettos verbracht und schließlich in den KZ entweder durch Arbeit oder durch Gas ermordet wurden.

Da die Sinti & Roma zu 90 % christlich und davon noch einmal zu 80 % katholisch waren, stieß die Ermittlung der Abstammung der Sinti und Roma auf größere Schwierigkeiten, als bei den Juden. Bei dieser Aufgabe spielte besonders die "Rassenhygniesche Forschungsstelle" eine makabere Rolle. 34.000 Rasse-Urkunden wurden während der NS-Zeit von ihr erstellt. Bereits 1/8 des sogenannten Zigeunerbluts, also ein Urgroßelternteil, der Sinti & Roma war, reichte bereits aus, um in den Augen der Nazis nicht mehr lebenswert zu sein. Dagegen konnte ein sogenannter Vierteljude noch als überlebenswert eingestuft werden.

Diese Verfolgung betraf natürlich nicht nur die deutschen Sinti und Roma, die ab Mai 1940 planmäßig in das polnische Generalgouvernement verschleppt wurden, sondern auch die in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten.

Gleich hinter der Front wüteten die deutschen Sonderkommandos und kümmerten sich bei ihrer Schlächterei nicht einmal um die SS-Erlasse, die eine unterschiedliche Behandlung von seßhaften und wandernden Sinti und Roma anordneten. Federführend hierfür war das Reichssicherheitshauptamt der SS, aber auch die Wehrmacht beteiligte sich an den Mordtaten.

Nach 1945 endete zwar die planmäßige Ermordung der Sinti & Roma in Deutschland, doch noch nicht die rassistische Hetze. Sie wurden als Opfer des Holocausts bis Ende der siebziger Jahre in der BRD nicht wahrgenommen. Natürlich wurden die NS-Zwangsarbeiter unter den Sinti und Roma bis heute nicht entschädigt, ja die alten und neuen Herren in deutschen Amtsstuben verweigerten sogar die Rückgabe des im "3. Reich" enteigneten Eigentums der Angehörigen dieser Minderheit.

Die verzerrenden Beschreibungen der NS-Schergen fanden sich bis in die siebziger Jahre in Polizeihandbüchern u.ä. wieder. Bis heute erfaßt die bayerische Polizei entgegen aller internationaler Vereinbarungen die "rassenmäßige Abstammung" Verdächtiger, also auch, ob sie der Gruppe der Sinti und Roma angehören.

Bis heute wird jeder Straftäter, der nicht der deutschen Mehrheitsbevölkerung angehört, in den Medien gesondert als Sinti und Roma, Türke, Albaner usw. bezeichnet.

Daher forderte Romani Rose auch Antidiskriminierungsnormen in Medien- und Beamtengesetzen. Die ca. 70.000 Sinti und Roma, die derzeit in Deutschland leben, sind seit 1995 auch durch internationale Vereinbarungen in der BRD als Minderheit anerkannt und integriert. In Hessen wird ihre Sprache als Minderheitensprache anerkannt. Bremen hinkt hierbei, obwohl dies keine schweren finanziellen Einbußen bedeuten würde, noch hinterher. Auch hier forderte Romani Rose eine Änderung.

In der DDR waren die wenigen Sinti und Roma, die dort lebten, voll und ganz in das gesellschaftliche Leben integriert. Allerdings wurden auch hier die Verbrechen der Nazis an dieser Minderheit nicht anerkannt.

Allerdings blieb bei mir der Eindruck, daß die Sinti und Roma ihren hohen Integrationsgrad in der übrigen Bevölkerung nur mit der Leugnung ihrer Abstammung, Geschichte und Kultur bezahlen und nur wenige außerhalb des Kreises um den Zentralrat der Sinti und Roma sich offen dazu bekennen mögen. Ein Armutszeugnis für die Mehrheitsbevölkerung, daß sich eine Minderheit quasi verleugnen muß, um nicht als "wandernde Zigeuner" diffamiert zu werden.

Das Kolloquium wird an jedem Donnerstag während der Vorlesungszeit von 17-19 Uhr im Bibliothekssaal der Uni Bremen fortgesetzt.

Ulrich St.

Das Mahnmal auf dem Syker Rathausplatz wurde ergänzt

Auf Anregung des "Arbeitskreises 9. November" wurde am Sonntag, den 7. November der Gedenkstein für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft auf dem Rathausplatz in Syke um eine Metallplatte ergänzt. Sie zeigt die Namen der 29 jüdischen Bürger, welche in den Jahren faschistischer Herrschaft verfolgt, verschleppt und umgebracht wurden.

"In den Tod getrieben, verschollen, ermordet," ist auf der Tafel zu lesen. Bei einem Besuch in seiner Geburtsstadt im vergangenen Jahr hatte der, seit seiner Flucht vor den Nationalsozialisten, in Brasilien lebende Edgar Deichmann die Anonymität des Mahnmals auf dem Rathausplatz bemängelt. "Er hätte sich gewünscht, daß dort auch die Namen der jüdischen Opfer genannt würden". Dies hat der Arbeitskreis aufgenommen und eine Namenstafel als wichtigen Beitrag gegen das Vergessen der Ereignisse in Syke entworfen. "Auch in Syke ging es um persönliche Schicksale und nicht um namenlose historische Vorgänge". Stadtarchivar Hermann Greve, die Künstler Elsa Többelmann und Henning Greve unterstützten den Arbeitskreis bei der Zusammenstellung der Namensliste und der Erstellung einer Konzeption. Die Finanzierung wurde zur Hälfte von der Stadt übernommen, ca. 3.000,- DM will der Arbeitskreis mit Hilfe von Sponsoren aufbringen.

Da der Platz auf dem Stein nicht ausreicht, wurden die 29 Namen auf drei versetzt zueinander verschweißten Stahlplatten in einer Gesamtgröße von 2,30 m x 2,70 m angebracht. Die Enthüllung der Gedenkplatte erfolgte am 07. November 1999 durch Sykes Bürgermeisterin Brigitte Haase, Christiane Palm und Pedro Becerra von der jüdischen Gemeinde. Zwei Tage später hielt der 1996 entstandene Arbeitskreis dort eine Mahnwache ab.

Raimund

Gestaltung einer Welt ohne Zwangsarbeiterlager

Eine Woche lang besuchten acht Frauen und zehn Männer aus der Ukraine die Stadt, auf Einladung des Bremer Senats. Drei Jahre lang, von 1942 bis 1945, mußten sie in Bremen Zwangsarbeit leisten, eingesperrt in Lager, 18 von 70.000. 1944 trugen zwei von fünf Zwangsarbeitern den Aufnäher "Ost" für "Ostarbeiter". Möglich wurde der Besuch, da Bremen im Frühjahr einen Hilfsfonds eingerichtet hat, in den jährlich 25.000 DM eingezahlt werden, je zur Hälfte von fünf Bremer Firmen und dem Senat. Ein umfangreiches Besuchsprogramm bei den Sponsoren war zu bewältigen: Rathausempfang, Empfang bei DaimlerChrysler, DASA, Becks, Krankenhaus St.-Jürgen-Str., Bürgerschaft, Zionsgemeinde - und durch die VVN-BdA Bremen.



Die ukrainischen Zwangsarbeiter bei der Kranzniederlegung auf dem Osterholzer Friedhof

Die jüngste Teilnehmerin wurde mit 12 nach Bremen verschleppt, um in der Küche bei Borgward zu arbeiten, Sinaida Lobanowa-Danilowna. Mit 14 fing Boris Kalaschnikow aus Kiew bei Borgward an, wurde Maja Salomowa aus Simferopol Schweißerin bei Weserflug. 17 Jahre alt war Nedazhda Mickevic aus Lugansk, als sie bei Focke-Wulff am Flughafen arbeiten mußte. Mit 16 baute Nikolaj Wischnevski aus Pestschanoje den Bunker im Krankenhaus St.-Jürgen-Straße mit, und Marija Saizewa aus Sewastopol half in der Wäscherei in der Großen Annenstraße. Als 18jähriger baute Iwan Ljaschenko mit am Bunker Valentin in Farge und am Bunker Hornisse in Gröpelingen. 10 Stunden betrug die Arbeitszeit, bei einer Pause von 45 Minuten.

Wurde Ausschuß erzeugt, so wurde man in einem speziell dafür eingerichteten Raum verprügelt, auf den Bock geschnallt und 6 Stockhiebe auf das Gesäß. Brot und Wasser gab es um 7 Uhr in der Frühe. Bei Luftangriffen durfte man nicht in den Luftschutzbunker. Erschütternde Szenen auf dem Osterholzer Friedhof beim Wiederentdecken des Namens eines Arbeitskollegen auf einer Grabplatte. Erschütternd auch der vergebliche Versuch, eine alte Fertigungshalle von Focke-Wulff auf dem Gelände einer Schrottverwertungsfirma zu besuchen. Trotz Zusagen wurde der Gruppe der Zutritt verweigert, blieben die Eingangstore mit Ketten verschlossen, nahmen Mitarbeiter der Firma innerhalb des Drahtzauns eine drohende Haltung ein. Das erfreulichste, was der Gruppe begegnete, war ein Baum, an den sie sich erinnerten.

Viele der Eingeladenen kamen mit der Hoffnung, endlich ihren Aufenthalt in Bremen bestätigt zu erhalten. Vergeblich hatten sie sich zu Beginn der 60er Jahre um eine Arbeitsbestätigung für die Zeit ihrer Zwangsarbeit bemüht. Borgward war liquidiert, andere verweigerten jede Auskunft, aus Furcht vor möglichen Entschädigungsansprüchen. Dabei ging es den Betroffenen vor allem um die Bestätigung von Rentenanspruchszeiten, die ihnen jetzt im Alter von 75-79 Jahren fehlen. "Wir können die Geschichte nicht ungeschehen machen", erklärt der Direktor von DaimlerChrysler, "aber wir können helfen, daß sie sich nicht wiederholen kann" und schildert die Ereignisse um den geplanten NPD-Aufmarsch am 1. Mai. Klare Worte äußerte auch Dr. Hermann Kuhn beim Rathausempfang. Er sprach davon, daß zahlreiche Bremer Betriebe, Firmen und Organisationen von der unmenschlichen Ausbeutung profitiert hätten und sich am bundesweiten Entschädigungsfonds beteiligen müßten. Senatorin Hilde Adolf sprach sich deutlich dafür aus, die Erinnerung an das Unrecht wachzuhalten, "das Menschen aus politischem Fanatismus, aus Habgier und inhumaner Gesinnung angetan worden ist".

Für mich ist es in der Tat ein Skandal, daß der Unterhändler der Bundesregierung beim Feilschen um längst fällige Entschädigungen in Washington 55 DM pro Kopf anzubieten wagt. Siemens und VW haben längst schon 10 - 15.000 DM pro Kopf zugesagt. Die Opferverbände werden bei den Verhandlungen außen vor gelassen, verstirbt ein Anspruchsberechtigter, gehen die Familienangehörigen leer aus, die Leiden haben mittragen müssen.

Die Stichtagsregelung ist völlig inakzeptabel. 20-36 Einschreiben gehen täglich im Büro der Initiative Zwangsarbeiter-Entschädigung bei unseren Kameraden in Stuttgart ein. Sie enthalten die Bitte, doch wenigstens eine Bescheinigung über die hier geleistete Zeit zu erhalten. Weiter ungeklärt sind:

- die Ausweitung des Verfolgungsbegriffes auf alle bisher nicht anerkannten Opfer des deutschen Faschismus,
- die gesetzliche Nichtigkeitserklärung sämtlicher NS-Unrechtsgesetze,
- die Anerkennung gesundheitlicher Spätschäden als verfolgungsbedingt bei Beweislastumkehrung,
- Die Sicherstellung einer umfassenden Information und Beratung der Betroffenen.

Raimund

Wer einen Leo schickt, ...

... läßt auch die anderen 999 folgen! "Bei Rüstungsexportentscheidungen wird der Menschenrechtsstatus möglicher Empfängerländer als zusätzliches Entscheidungskriterium eingeführt." Dieser Satz in der Koalitionsentscheidung vom 20. Oktober 1998 ist bisher das Papier nicht wert, auf dem er steht. Der zugesagte "Probepanzer" kann dazu dienen, am Preis für die 1.000 Panzer herumzumäkeln und runterzudrücken. Was der Bundessicherheitsrat beschloß, ist also nichts Neues zwischen Käufer und Verkäufer. Sie kennen sich aus jahrzehnten "fruchtbarer" Rüstungskooperation. Ich selbst habe Leopard-Panzer auf Faun-Transportern zwischen Diyarbakir und Batman auf dem Weg ins Kriegsgebiet Kurdistan gesehen und Kanonenrohre der Panzer, die von kurdischen Bergen auf die Stadt Sirnak zielten. Friedens- und Menschenrechtsgruppen, auch das Fernsehmagazin "Monitor", dokumentierten den Einsatz deutscher Waffen gegen kurdische Menschen. Bisher fielen wir von Kohl zu Schröder vom Regen in die Traufe. So ist - wie beim NATO-Jugoslawien-Bomben - die PDS die einzige Partei, die geschlossen gegen das Mordsgeschäft stimmt. Bleibt zu hoffen, daß SPD-Linke und Grüne wenigstens in diesem Fall den "Härtetest" für Menschenrecht und Koalitionsvereinbarung bestehen.

Ernst

Legendenbildung um die "Rote Kapelle"

Neuere Erkenntnisse zur Bewertung der Widerstandsgruppe um Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen standen im Mittelpunkt eines Vortrags von Hans Coppi (Berlin) am 12. Oktober in der Villa Ichon. Hans Coppi, Jahrgang 1943, ist Sohn von Hans und Hilde Coppi, die beide am 12.9.42 verhaftet, vom Volksgerichtshof zu Tode verurteilt und hingerichtet wurden. Der Vater hatte im Krieg bei der Bildung eines Netzes von Widerstandsgruppen in Berliner Rüstungsbetrieben mitgewirkt. Hilde Coppi wurde gleich nach Geburt ihres Sohnes am 05.08.1943 in Plötzensee ermordet. Die Gruppe erhielt von Goebbels die Bezeichnung "Rote Kapelle", sie wurden in Verbindung gebracht zu brüsseler und schweizer Gruppen, die Informationen über faschistische Kriegspläne an die Sowjetunion weiterleiteten, um den Krieg Deutschlands abzukürzen. Von August 1942 bis Anfang 1943 nahm die Gestapo 130 Menschen fest, von denen 31 Männer und 18 Frauen hingerichtet wurden.

Der Sohn Hans wuchs bei seinen Großeltern auf, 1945 bis 1948 im französischen Sektor. Aufgrund des Druck ziehen sie nach Ostberlin. Freunde seiner Eltern erkundigen sich nach ihrem Schicksal, es gibt Benennungen von Straßen und Schulen nach seinen Eltern und Anfragen von Betriebsgruppen, ihren Namen tragen zu dürfen. Verstärkt werden Querverbindungen zum kommunistischen Widerstand gezogen, in einem Umfang, den es schon aus Geheimhaltungsgründen gar nicht gegeben haben kann, wie Greta Kuckhoff bestätigt, die Witwe des ebenfalls hingerichteten Adam Kuckhoff, des Herausgebers der illegalen Zeitschrift "die Innere Front". 1969 werden den Mitgliedern der Widerstandsgruppe posthum Orden verliehen. Hans Coppi fühlt sich zu sehr in den Mittelpunkt gerückt.

Im Westen werden Antifaschisten wie Günther Weisenborn des Landesverrats angeklagt. Die Legende entsteht, die "Rote Kapelle" sei ein europaweit arbeitendes Spionagenetz für die Sowjetunion gewesen. Zum Kronzeugen dafür wird zu Beginn der 50er Jahre der Reichskriegsgerichtsrat Dr. Manfred Röder, der diese Frauen und Männer zum Tode verurteilt hatte. In den 60er Jahren erscheinen in Frankreich Bücher, in denen das Deutungsmuster der Gestapo übernommen wird. Auch in Heinz Höhnes Artikel Anfang der 70er im Spiegel wird die Rolle des Vaters als Funker überbetont.
Der Sohn beginnt sich nach der Wende verstärkt mit dem Schicksal der Eltern auseinanderzusetzen. Das Arbeitsbuch des Vaters, Archivfunde in Moskau belegen, daß der wesentliche Verdienst der Gruppe um Harnack und Schulze-Boysen in der Verbreitung von Antikriegsflugblättern bestand. Der Gestapo-Abschlußbericht nennt folgerichtig auch zwei Berliner Gruppen. Der Funkverkehr spielt kaum eine wesentliche Rolle in der Tätigkeit der Widerstandsgruppe. Die Empfänger in Moskau unterstellen, daß es sich bei den Meldungen um reine Provokation handele. Zur Verhaftung der Gruppe führte schließlich die Entdeckung und Folterung eines Kuriers in Brüssel, die Auslieferung des Funkschlüssels und des dazugehörigen Quellbuches im Juni 1942.
Ohne Unterbrechung dauerten die Prozesse ein Vierteljahr. Am 23.12.1942 wurden die ersten elf Mitglieder der Gruppe in Plötzensee erhängt, drunter auch der Vater Hans Coppi.

Raimund



Der Wiederstandskämpfer im Hof der Ostertorwache

"Dieser Tod paßt zu mir"

Er war gerade einmal 33, als er am 22 Dezember 1942 in Plötzensee hingerichtet wurde. Die Rede ist von Harro Schulze-Boysen. In der Literatur der Nachkriegszeit ist der Oberstleutnant im Reichkriegsministerium sehr differenziert gedeutet worden. Bei den einen galt er als glänzend begabt, tapfer und menschlich und bei den anderen als bedenkebnloser Abenteurer und Fanatiker, als Salonbolschewik und Spion. In der Bundesrepublik war er durch seine Kontakte zum sowjetischen Nachrichtendienst als Landesverräter verschrien. Zu gerne hat die vom Kalten Krieg geprägte westdeutsche Publizistik die Behauptungen von Gestapo und NS-Justiz übernommen.

In seinen letzten Brief an seine Eltern schreibt er: "In Europa ist es nun einmal so üblich, daß geistig gesät wird mit Blut. Mag sein, daß wir nur ein paar Narren waren; aber so kurz vor Toresschluß hat man wohl das Recht auf ein bißchen ganz persönlicher historische Illusion." Analysen und Kommentare der Herausgeber verdeutlichen mit diesen zum Teil erstmals öffentlich bekannt gewordenen Briefen den widerspüchlichen Werdegangs von Harro Schulze-Boysen.

Hans Coppi, Geertje Andresen (Hg.), "Dieser Tod paßt zu mir. Harro Schulze-Boysen - Grenzgänger im Widerstand. Briefe 1915 - 1942, Aufbau-Verlag, 447 Seiten, mit Reg ster, 49,90 DM

Nerv getroffen

Zur Debatte um Daniel Jonah Goldhagens Buch "Hitlers willige Vollstrekker" in der BRD

Das 1996 erschienene Buch von Daniel Jonah Goldhagen "Hitlers willige Vollstrecker - Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust" hat internationale Beachtung gefunden und zum Teil hitzige Debatten ausgelöst.

Die Referenten Miriam Haardt und Norbert Schepers werden zunächst die Kernthesen des Werkes vorstellen und einen Überblick über Inhalt und Verlauf der Debatte um das Buch liefern.

Donnerstag, 16. Dezember 1999, 19:30 Uhr, Cafe Ambiente, Osterdeich 69a.

Der "Runde Tisch" stellte aus

Am 08. September um 18:00 Uhr wurde in der Sparkasse Blumenthal eine Ausstellung eröffnet. Diese hat den Titel: "Leidensweg Lagerstraßen-Bau des U-Bootbunkers Valentin in den Jahren von 1943 - 1945".
Dazu hatten wir von der Sparkasse in Bremen eine Einladung erhalten. Der Freund Helmut Koch hatte uns dazu schon vor längerer Zeit informiert. Damit wir auch teilnehmen konnten, wurden wir von dem Schauspieler W. Schenk abgeholt.

Der Initiator der Ausstellung ist ein "Runder Tisch", der seit dem Sommer 1998 regelmäßig zusammen kommt. Dem Kreis gehören Bürgerinnen und Bürger an, die es für notwendig erachten, die Geschichte des Bunkers nicht in Vergessenheit versinken zu lassen. Die Ausstellung enthält eine Anzahl von Originalaufnahmen vom Bau des Bunkers. Dazu gibt es Schrifttafeln zu den Aufnahmen. Die Begrüßung erfolgte durch Herrn Dieter Lankenau, Filialleiter von Blumenthal. Rolf-Dieter von Bargen berichtete über die Tätigkeit des "Runden Tisches" und der Schauspieler Wolfgang Schenk las Gedichte von Erich Fried und aus: "Hortensien in Farge".

Wir hoffen, daß der "Runde Tisch" den Weg zu den bisherigen Initiativen findet, die seit Jahrzehnten an der Geschichte arbeiten und schon Erfolge zeitigten.

Tilla und Willy

Das Herz schlägt links

Für Oskar Lafontaine "ist schwer zu verkraften, daß ausgerechnet unter einer sozialdemokratischen Bundesregierung Deutschland sich zum ersten Mal an einem Krieg beteiligte, der mit Völkerrecht und Verfassung nicht vereinbar war." Viele BürgerInnen (und WählerInnen) haben auch nicht "das Vom-Tisch-Nehmen der Wahlversprechen" verkraftet. "Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik" und "Unser wichtigstes Ziel ist der Abbau der Arbeitslosigkeit" steht im Koalitionspapier vom 20.10.1998. Frage: Was hat die rot-grüne Regierung erreicht? Immer noch vier Millionen oder zehn Prozent Erwerbslose (und das sind nur die von der Bundesanstalt registrierten!!). Sie sponsort die Armee immer noch mit über 47 Milliarden und läßt Eurofighter und neue Kriegsschiffe bauen. In Bremen gibt es zwar etwas weniger Arbeitslose, es sind aber immer noch über 42.000 Menschen. Diese Menschen haben Grund zur "Wut", die Bürgermeister Scherf dem Buchschreiber Lanfontaine unterstellt. Anstatt mit der rot-schwarzen Landesregierung Friedens- und Sozialpolitik zu betreiben, macht der Senatspräsident mit in der Schlammschacht, die SPD-Genossen gegen ihren früheren Parteivorsitzenden schlagen. Die Menschen voller Wut dagegen werden weiterhin statt SPD andere Parteien, wie CDU, PDS, oder überhaupt nicht mehr wählen.

Ernst

Verfolgte des NS-Regimes und Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer aller antifaschistischen Richtungen gründeten 1947 die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sich die VVN den nachfolgenden Generationen und erweiterte sich zur VVN-Bund der Antifaschisten". Die VVN-BdA kämpft heute als parteiunabhängige, strömungs- und generationsübergreifende Organisation für die "Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln" und für den "Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit" wie es im Schwur der Häftlinge des KZ Buchenwald vom 19. April 1945 heißt.

o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
o Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
o Ich möchte den Bremer Antifaschisten probeweise/regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

o Einwanderer und Flüchtlinge
o Neofaschismus
o Frieden/Antimilitarismus
o Geschichtsforschung
o Erinnerungsarbeit

Name ______________________

Vorname ______________________

Straße ______________________

PLZ, Ort ______________________

Telefon ______________________

Geb.-Datum ______________________

Beruf ______________________

Bremen, den ______________________

Unterschrift ______________________

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V.,
Bürgermeister-Deichmann-Str. 28,
28217 Bremen

Zur Bioethik-Konvention

Die Bioethik-Konvention des Europarates und ihre Bedeutung für Menschen mit Behinderungen

Seit mehreren Jahren wird unter dem Begriff "Bioethik" in Wissenschaftskreisen über den Wert des Lebens alter, kranker und behinderter Menschen diskutiert. Maßnahmen zur Selektion treten dabei vor dem Hintergrund einer "Kostenverminderung" verstärkt in den Vordergrund. Die Entstehung wie auch der zunehmende Einfluß bioethischen Denkens liegt begründet in den zunehmenden Machbarkeiten der modernen Medizin und Biologie, die mehr und mehr mit traditionellen Werten und Standards in Konflikt geraten. Aufgabe der Bioethik ist nun, das Machbare auch als ethisch vertretbar und richtig erscheinen zu lassen. Die Bioethik ist die Legitimationsethik für die modernen Biotechnologien, zu denen z. B. Gentechnologie, Humangenetik sowie Reproduktions- und Transplantationsmedizin gehoren.

Referentin: Swantje Köbsel, Behindertenpädagogin, Autorin bzw. Mitautorin der Bücher "Hauptsache es ist gesund. Eine kritische Betrachtung der pränatalen Diagnostik" und "Eingriffe - Zwangssterilisation geistig behinderter Frauen".

Am Dienstag 07.12.1999, 20:00 Uhr, Bürgerhaus Weserterrassen, Oster-

Demo in Berlin!

Auf der Landesmitgliederkonferenz wurde einstimmig beschlossen, daß unsere Organisation, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, die Demonstration in Berlin unterstützt. Auf dieser Demonstration geht es um die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Sie wurden im Auftrag von Konservativen und Faschisten vom Militär hingerichtet bzw. in diesem Fall gemeuchelt! Die Gedenksteine befinden sich auf dem "Friedhof der Sozialisten."

Wer zu dieser Demonstration möchte, sollte sich bei dem Kamerad Christoph Gerdes in Bremerhaven melden. Die Telefon- und Faxnummer ist 0471-57749. Die Busse fahren ab Oldenburg und Bremen. Die Demo findet auf dem "Platz der Vereinten Nationen" gegen 10:00 Uhr statt und geht in Richtung "Friedhof der Sozialisten", Berlin-Friederichsfelde.

Am 09.01.2000, ab 3:00 Uhr aus Oldenburg (Hbf) und ab 4:00 Uhr aus Bremen (ZOB), für Nichtverdiener 35,00 DM und für Verdiener 50,00 DM

Mantel des Schweigens

Am Donnerstag, 02. Dezember 1999 wird um 19.30 Uhr in der Stadtbibliothek West, Lindenhofstraße 53 in Bremen-Gröpelingen die Broschüre "Mantel des Schweigens" von Raimund Gaebelein vorgestellt.

Sie erinnert an den aus Leeuwarden stammenden Homme Hoekstra, der im Krieg mit 31 Jahren zur Zwangsarbeit bei der Deschimag/AG Weser verpflichtet wurde. Arbeitskollegen gegenüber äußerte er 1943, er glaube nicht an einen Sieg des faschistischen Deutschlands. Das kostete ihn den Kopf. Bei der Gestapo denunziert, wurde er Anfang 1944 verhaftet, vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Die Broschüre geht der Frage nach, warum Homme Hoekstra sterben mußte. Sie dokumentiert eine dreijährige Recherche in Bremen, Berlin/Brandenburg und den Niederlanden, bei der es gelang, 125 Seiten Prozeß- und Vollzugsakten aufzufinden und der Familie erstmals Einzelheiten über Verurteilung und Tod zugänglich zu machen. Sie enthält Schilderungen von Jugendfreunden Homme Hoekstras sowie Situationsberichte über Lager und Werft. Sie umfaßt 60 Seiten DIN-A5, acht davon mit Photos/Dokumenten, und ihr liegt ein Faltplan der wesentlichen Gedenkorte und Lager in Gröpelingen bei.

Die Herausgabe wurde ermöglicht durch das Aktionsprogramm "Wir für Gröpelingen" des Gemeinschaftsprojekts "URBAN" der Europäischen Union und der Stadtgemeinde Bremen.

Die Gestaltung erfolgte durch die Künstlerin Doris Lenkeit, die auch das Mahnmal für Zwangsarbeiter in Gröpelingen schuf. Informationen sind erhältlich bei "Kultur vor Ort", Tel. 6197727, für Einzelheiten steht der Autor unter 616 3215 zur Verfügung.

200 Jahre Wall-Anlagen & NS-"Ehrenmal" auf der Altmannshöhe

Bevor zum Ex-"Heldengedenktag" wieder Rechtsextreme und Gegendemonstranten da oben mitten in Bremen wieder aneinandergeraten, fordere ich die Nachbarn und andere Kulturträger zu einer öffentlichen Diskussion um diese NS-Totenkultstätte unter Missbrauch der Toten des 1. Weltkrieges auf. Das Jahr 2000 wäre dafür ein guter Anlaß, diese NS-"Wehrburg"-ähnliche Anlage zugunsten der alten Sicht-Achsen abzureißen oder ihr - wie beim ähnlich ideologisierten "Kolonialdenkmal" mit dem heutigen Friedens-Elefanten - mit Aufklärung gegen diese teutonisch-nationalistische Architektur eine neue Bedeutung zu geben. 1986 gab es schon konkretere Pläne, aber keine Lösungen.
55 Jahre nach Ende der NS-Herrschaft wird es endlich Zeit für radikale Umsetzungen. Ideen für Details für eine erste Veranstaltung - z. B. im Vortragssaal der Kunsthalle - habe ich selbstverständlich auch. Wo erinnert sich die Hansestadt z. B. der 900 (Neunhundert !) ermordeten Bremer Juden?

Rainer Habel

Der Bremer Antifaschist ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA).

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen
Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18
E-Mail: vvn-bda.bremen@iname.com
Unsere Internetadresse: http://www.vvn-bda.de/bremen
Montag: 17:00-18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00-19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ 29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro oder direkt unter 0421/6112 62 (Willy Hundertmark) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 20:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich jeden 4. Montag von 18:00 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß ist am 10. des Vormonats

V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Der Rechte Rand

Informationen von und für Antifaschistinnen und Antifaschisten

DER RECHTE RAND ist eine periodisch erscheinende Informationsquelle, die die rechte Szene sehr genau beobachtet und die Ergebnisse publiziert. Die rechte Szene geht von rechts-konservativ bis neofaschistisch-militant.

Sechs Ausgaben kosten im im Abo 20,- DM. Das Einzelheft kostet 3,- DM

Der Rechte Rand - Postfach 1324 - 30013 Hannover - Postgirokonto Hannover - BLZ 25010030 - Kontonummer 445586-301

Filmprogramm im Dezember '99

Montag, 6.12., 19:30 Uhr
Der Himmel über Europa (1993, 30 Min.)
Mit der Öffnung nach innen schotten sich die EU-Staaten nach außen immer mehr ab. Rassismus und Faschismus erstarken. Der Film zeigt die Auswirkungen.
Jorge Gomondai - Ein Tod in Dresden (60 Min.)
1991 wurde der Vertragsarbeiter aus Mosambique in Dresden von Skinheads ermordet. Der Film rekonstruiert das Verbrechen.

Montag, 13.12., 19:30 Uhr
Das braune Netzwerk - Rechtsradikale in Deutschland (1993, 45 Min.)
"Das braune Netz ist dichter geknüpft als manche glauben." ("Verfassungsschützer" Uhrlau) Eine Dokumentation.
Er war der Führer von Berlin - Ein Neonazi steigt aus (30 Min.)
Der Ex-Nazi Ingo Hasselbach gibt Auskunft über Strukturen, Anschauungen und Planungen der Neonazis.

Montag, 20.12., 19:30 Uhr
Affäre Blum (1948, 108 Min.)
Dieser DEFA-Film rollt das Justizverbrechen in der Weimarer Republik 1926 auf, in dem der Antisemitismus Leitlinie war.

Geburtstage im Dezember 1999

Emmy Mattey	02.12., 88 J.
Waltraud Drygalla	03.12., 73 J.
Anneliese Gumpert	03.12., 77 J.
Frieda Prüser	11.12., 95 J.
Martin Schmidt	11.12., 51 J.
Willi Gerns	13.12., 69 J.
Paul-Egon Rodewald	23.12., 69 J.
Frieda Schütz	25.12., 63 J.
Walter Federmann	26.12., 76 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand